Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 17 (1997)
Heft: 34

Artikel: Neue Sozialdemokratie? : Eine Forschungsnotiz
Autor: Kleger, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652362

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heinz Kleger

Neue Sozialdemokratie?

Eine Forschungsnotiz

Politischer Liberalismus, gemeinwirtschaftliches System ('mixed economy'), keynesianische Wirtschaftspolitik, Ausbau der sozialen Demokratie bzw. des Sozialstaates hießen die Bestandteile des sozialdemokratischen Erfolgsprogramms. Die wirtschaftshistorisch sogenannten langen 50er Jahre währten bis in die 60er Jahre hinein. In dieser kurzen Zeit änderten sich die Gesellschaft und ihre Umwelt mehr als jemals zuvor, auch wenn auf der politischen Bühne in einigen westeuropäischen Ländern nicht sonderlich viel lief (Kleger 1998). Die Ölkrise 1973/74 beendete die lange Prosperität. Die Sozialdemokratie war auf diese Krise nicht vorbereitet. Die zweite Ölkrise Ende der 70er Jahre führte schließlich zu einer deutlichen Veränderung fast sämtlicher Parameter der Politik.

Die schwedischen Sozialdemokraten waren 1976 die ersten, welche die Regierung an eine bürgerliche Mehrheit abgeben mußten; gefolgt von Großbritannien 1979, wo die Niederlage besonders gravierend war, und Deutschland, wo der Wechsel 1982 aufgrund der Logik der politischen Verfassung vergleichsweise moderat ausfiel; die richtige und nicht nur apostrophierte Wende kam dann erst 1989. Seit den 70er Jahren sind die sozialdemokratischen Parteien bemüht, ihre Krisen zu meistern und neue Politikansätze zu finden. Ging daraus eine neue Sozialdemokratie hervor? Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es umfangreicher zeitlich-vergleichender Analysen, denn Sozialdemokratie ist nicht gleich Sozialdemokratie. Wie sollte es auch anders sein bei einer politischen Kraft, die dort, wo sie erfolgreich war (und ist), in *besonderer* Weise[1] mit einer *starken* staatlich-nationalen Politik verbunden war (und ist) und dabei von *zentralisierten* Gewerkschaften unterstützt wurde (und wird).

Anhand verschiedener Kriterien ergeben sich unterschiedliche Realtypen sozialdemokratischer Parteien (Merkel 1993). Großbritannien kann dabei dem Labour Typ, Schweden dem Wohlfahrtsstaatstyp und Deutschland dem pragmatischen Koalitionstyp, der in großen Koalitionen (wie der von 1966-69) am meisten zuwege bringt, zugeordnet werden. Scharpf (1987) wählte Schweden, Großbritannien und Deutschland als Vergleichsfälle aufgrund ihrer ähnlichen Ausgangslage zu Beginn der Krise, als die Regierungsverantwortung in der Hand starker reformistischer Parteien lag.

Schweden gehört ohne Zweifel zu den herausragenden Beispielen für eine erfolgreiche Synthese von Wirtschafts- und Sozialpolitik. In diesem Lande wurde bereits in den 30er Jahren unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ein fortschrittlicher Sozialstaat aufgebaut, ohne daß deswegen die kapitalistische Wirtschaft nennenswerte Einbußen erlitten hätte. Das 1938 abgeschlossene Friedensabkommen von Saltesjobaden

brachte dem Land vielmehr eine Spitzenposition in der internationalen Lohnentwicklung, die weder durch die von der Lohnkonkurrenz zwischen Einzelgewerkschaften angetriebene Lohn-Preis-Spirale noch von inflationstreibenden Engpässen auf Teilarbeitsmärkten beeinträchtigt wurde. Die schwedische Sozialdemokratie spielte zudem eine unbedeutende Rolle beim Ausbau des verstaatlichten Unternehmenssektors, der im internationalen Vergleich ebenso – wie in Finnland – gering blieb. Die Gründe dafür liegen sowohl in der Programmatik als auch in der politischen Strategie, die dem 'funktionalen Sozialismus' verpflichtet war (Adler-Karlsson 1967). Die goldenen Jahre waren geprägt von einer erfolgreichen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Zieht man eine Bilanz, so sind vor allem drei Punkte hervorzuheben: erstens die Festlegung der staatlichen Politik auf Vollbeschäftigung; zweitens der politische Willen, Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik koordiniert für die Vollbeschäftigung einzusetzen sowie drittens der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Beeinflussung von Angebot und Nachfrage.

Die Krise der schwedischen Sozialdemokratie setzte ein, als die Regierung zur Dämpfung des Preisanstieges eine veränderte Finanzpolitik verfolgen mußte, welche dem Land eine Arbeitslosenquote von ungewöhnlich hohen 2,5 Prozent bescherte. Die Fortsetzung der sozialdemokratischen Vollbeschäftigungspolitik gehörte indessen auch zum Programm der bürgerlichen Regierung, welche 1976 die politische Macht übernahm. Dieses Ziel wurde erst 1980 aufgegeben, als die Gewerkschaften der Regierung ihre Kooperation aufkündigten, und der neue wirtschaftspolitische Kurs zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Die Sozialdemokraten mobilisierten dagegen mit ihren traditionellen Themen. Nach einem kurzen Zwischenspiel 1976 – 1982 kehrten sie in die Regierung zurück. Der Wahlsieg Margaret Thatchers beeinflußte auch die schwedische Wohlstandspolitik: Die Sozialdemokraten verfolgten fortan eine „Politik des dritten Wegs, der zwischen der keynesianischen Expansionspolitik der Regierung Mitterand und der monetaristischen Austeritätspolitik Margaret Thatchers hindurch führen sollte" (Merkel, 1993, 232).

Dieser Versuch, den Haushalt zu konsolidieren, die Staatsschuld zu verringern und eine erneute Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Angriff zu nehmen, ist heute jedoch mit skeptischen Augen zu betrachten. Zunächst erfolgte eine Abwertung der schwedischen Krone um 16 Prozent, womit der Export angekurbelt und die Kaufkraft erhöht sowie das Leistungsbilanzdefizit verringert werden sollte – aber: „... da die Haushaltspolitik nicht mehr im gleichen Maße wie früher zur offensiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden konnte, mußte der wesentliche Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung durch ein nachhaltig höheres Wirtschaftswachstum erbracht werden, und die Regierung setzte daher so gut wie ausschließlich auf die Revitalisierung der Exportindustrie" (Scharpf, 1987, 142). Dabei sollte der Anstieg der Löhne begrenzt werden: die Gewinne sollten steigen und die realen Lohnstückkosten fallen – Ziele, die jedoch nur begrenzt verwirklicht werden konnten. Damit wiederum wuchsen die Konflikte

zwischen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Die Kooperation löste sich zwar in den 70er und 80er Jahren nicht vollständig auf, die Kooperations*fähigkeit* vermindert sich jedoch zusehends.

Verfolgt man abschließend die weitere Entwicklung in den 80er Jahren bis in die 90er Jahre hinein, so fand zwar unter der sozialdemokratischen Regierung kein Wandel von der nachfrage- zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik statt, aber wichtige Voraussetzungen solidarischer Lohnpolitik sind außer Funktion gesetzt worden, so daß dies zu Abstrichen an den ehemals ehrgeizigen gesellschaftspolitischen Gleichheitszielen der schwedischen Arbeiterbewegung führte. Schweden hat inzwischen den Weg in die westeuropäische Normalität angetreten (Michelsen 1997). Deutschland scheint mittlerweile selbst Schweden in seiner Präferenz für staatlich vermittelte Gleichheitspolitik zu übertreffen. Es ist zu bedenken, daß gerade in Schweden, das zu den schnell industrialisierten und rasch zu Wohlstand gekommenen Ländern gehört, sich mittlerweile auch eine Bereitschaft zu Self reliance (Unabhängigkeit) der einzelnen Bürger bemerkbar macht, die auf Kosten der *traditionellen Präferenz für Gleichheit* im Volksheim geht. Wer Vermögen hat, das vererbt werden kann, oder wer selbst über Möglichkeiten verfügt, für seinen Lebensabend zu sorgen, tut dies auch in Schweden zunehmend ohne oder komplementär zum Staat, aber nicht mehr ausschließlich über den Staat. Die schwedische Arbeiterpartei (SAP) ist über ihren Schatten gesprungen.

Großbritannien hatte in der Nachkriegszeit früher und konsequenter zu einer Vollbeschäftigungspolitik mit den Mitteln der keynesianischen Nachfragesteuerung gegriffen als andere Länder. Ließ das Wirtschaftswachstum nach und begannen die Arbeitslosenzahlen zu steigen, so schaltete die Regierung, unterstützt durch die Bank von England, sofort auf eine Nachfrageexpansion um. Die nachhaltigen Folgen dieser für die britische Wirtschaftspolitik typischen 'Stop and Go-Politik' wurden in den 60er Jahren diskutiert. Der 1964 ins Regierungsamt gekommene Harold Wilson von der Labour Party setzte auf den Versuch einer indikativen Wirtschaftsplanung sowie auf industriepolitische Strategien, welche durch Förderung von Investitionen und Spitzentechnologien das Wirtschaftswachstum beschleunigen sollten. Dazu kam eine Vereinbarung mit dem Gewerkschaftsbund über freiwillige Lohnzurückhaltung und komplementäre Preiskontrolle. Dennoch konnte ein Umschwung nicht erreicht werden. Die Regierung mußte sogar entgegen ihrer Absichten zum Instrument des gesetzlichen Lohnstopps greifen, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften führte. Die Konservativen, welche 1970 die Regierung übernommen hatten, konnten zwar durch den berühmten 'Industrial Act' zunächst die Gewerkschaften ruhigstellen. Der weitere Versuch einer Gesundung der Wirtschaft wurde jedoch durch den Bergarbeiterstreik und die Ölkrise überschattet. Auch die Minderheitsregierung unter Wilson kam an dieser Stelle nicht weiter. Die keynesianische Politik der Labour Regierung wurde vielmehr deshalb als unzureichend angesehen, weil man in ihr vor allem eine Beschwichtigung der Gewerkschaften sah.

Wilsons Nachfolger, Jim Callaghan, versuchte sodann die diskreditierte Labour-Politik noch einmal zu retten. Die Einkommenspolitik und die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften führte die Labour-Regierung Anfang der 60er Jahre jedoch in eine tiefe Krise. Im 'winter of discontent', der vom November 1978 bis März 1979 dauerte, erreichten die Kämpfe ihren Höhepunkt. Nachdem Callaghan im März 1979 die Vertrauensabstimmung verloren hatte, kam es zu Neuwahlen, die Margaret Thatcher gewann. Die Niederlage Labours war so *gravierend,* daß sie bis heute nachwirkt und 'New Labour' einen neuen Boden bereitete. „Die Labour-Regierung ist ... an der Unmöglichkeit gescheitert, unter den gegebenen institutionellen Bedingungen jenes Minimum an Koordination zwischen staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik und gewerkschaftlicher Lohnpolitik dauerhaft zu verwirklichen, ohne das eine so schwierige Ökonomie wie die britische nicht erfolgreich durch die Krise der 70er Jahre gesteuert werden konnte" (Scharpf, 1987, 117). Für die Labour Party war eine wirkliche perspektivische Erneuerung (Shaw 1996) unumgänglich geworden; das 'policy review' von 1990 war der Ausgangspunkt für eine veränderte Programmatik. Seitdem steuert Labour einen *weiteren dritten* Weg: diesmal zwischen 'rheinischem' und 'transatlantischem' Kapitalismus.

In *Deutschland* erfolgte der Übergang zur Praxis der keynesianischen Wirtschaftssteuerung später als in Schweden und Grossbritannien. Der SPD gelang es in Bad Godesberg 1959, sich zu einer modernen reformierten Sozialdemokratie zu wandeln – ein 'move', den Wilson für Labour vergeblich anstrengte. Die Ausstrahlung des Programms von Bad Godesberg war unübersehbar. Die Ölkrise, die im Herbst 1973 begann, traf jedoch die in Regierungsverantwortung stehenden Sozialdemokraten völlig unvorbereitet. Zwar stiegen die Tariflöhne im Krisenjahr 1974 um 12 Prozent und damit deutlicher als vor der Krise, zugleich zeichnete sich aber auf dem Arbeitsmarkt eine drastische Wende ab. Die Arbeitslosigkeit übertraf mit 600.000 die Prognose von 450.000 und überschritt schließlich 1974/75 sogar die Millionengrenze, die seitdem nicht mehr unterschritten wurde, ja inzwischen beinahe die vormals unvorstellbare Höhe von 5 Millionen Arbeitslosen erreicht hat. Zugleich erfolgte eine Wende der Bundesbank hin zu einer monetaristischen Politik, während die sozialdemokratische Regierung auf ihrer keynesianischen Linie blieb.

Die Autonomie der Bundesbank ist in Deutschland größer als in anderen Ländern. Der Regierung gelang es zunächst, den Haushalt zu konsolidieren und die Ausgaben zu beschränken. Dies reichte jedoch – anders als im Aufschwung der Jahre 1967/68 – nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Trotz durchaus positiver Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gelang es nicht, die Arbeitslosigkeit zu senken. Sie wurde vielmehr zu einem Dauerthema, welches durch die zweite Ölkrise noch verschärft wurde. Der Wirtschaftsaufschwung erfolgte nicht in dem Maße, wie ihn sich die *sozialliberale Koalition* unter Brandt/Scheel, die im übrigen wichtige Projekte (so in der Ost- und Bildungspolitik) realisieren konnte, erhofft

hatte. Der Versuch, die Arbeitslosigkeit durch eine expansive Fiskalpolitik zu bekämpfen, scheiterte: „Anders als die schwedischen Sozialdemokraten 1976 hinterließen die Deutschen ihren Nachfolgern im Amt also nicht das Vermächtnis einer – vielleicht zu aufwendigen, aber erfolgreichen – Politik der Vollbeschäftigung um jeden Preis. Im Gegenteil: Der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ging auf ihr Konto, und die konservativ-liberale Wende-Regierung konnte sich deshalb ohne politisches Risiko auf die Ziele der Haushaltskonsolidierung und der Inflationsbekämpfung konzentrieren" (Scharpf, 1987, 198).

Die vergleichende Analyse, die wir hier aus Platzgründen nur streifen konnten, zeigt, daß die Sozialdemokratie in diesen Ländern *gemeinsame* Probleme hat, dass aber auch *verschiedene* Wege existieren, um die ökonomische Krise zu bewältigen bzw. wenigstens in ihren Auswirkungen zu dämpfen. Die Einschätzung von Scharpf scheint mir zutreffend: „Anders als in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gibt es derzeit keine ökonomisch plausible, keynesianische Strategie, mit der im internationalen Rahmen die sozialdemokratischen Ziele voll verwirklicht werden können, ohne daß dadurch Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie verletzt werden. Vollbeschäftigung, steigende Arbeitseinkommen und eine bessere Versorgung sind derzeit nicht zugleich erreichbar – weil die Wachstumsraten dafür nicht ausreichen, und weil die ökonomisch durchsetzbaren Verteilungsansprüche der Kapitalseite sich erhöht haben. Dies bedeutet nicht das Ende der sozialdemokratischen Strategiefähigkeit." Und konkreter: „Ihre eigene historische Stunde könnte erst dann wiederkehren, wenn es in der Politik noch einmal um die Verteilung der 'Wohltaten' eines langen kapitalistischen Aufschwungs gehen sollte. Für die absolute Zukunft jedenfalls hat die Sozialdemokratie nur dann eine Chance der wirtschaftspolitischen Gestaltung, wenn sie die ganze Härte weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und damit die Grenzen der binnenwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten ausdrücklich akzeptiert – aber sie verdient diese Chance auch nur, wenn sie an den Zielen des demokratischen Sozialismus auch unter Bedingungen festhält, in denen diese nur als 'Sozialismus in einer Klasse' verwirklicht werden können" (Scharpf, 1987, 335 f.). Ob dieses Konzept noch reicht? Gibt es 'Sozialismus in einer Klasse' überhaupt?

Heute ist die Solidarität des Mittelstandes – der sogenannten 'guten Steuerzahler' – das Problem, wenn Städte und Staaten noch regiert werden sollen. Der Mittelstand steht zurzeit unter ökonomischem Druck und daher vor der Versuchung, die Solidarität aufzukündigen, ohne welche die nötigen Infrastrukturen und Sozialleistungen nicht finanziert werden können. Sozialstaat, ja funktionaler Leistungsstaat überhaupt beruhen indessen auf dieser zivilen Solidarität der Bürger. Diese Solidarität muß jedoch mit guten Gründen mobilisiert werden können. Dafür fehlen heute – im Unterschied zu den 60er und 70er Jahren – zum einen die sachlich durchschlagenden Konzepte, die konsensfähig sind; zum anderen existiert gerade in Deutschland ein Übermaß an Veto-Positionen, die den Weg zu Reformen versper-

ren: „Wir betreiben in Schweizer Strukturen englische Politik – man muß dem anderen schaden“ (Scharpf).

Große Projekte lassen sich nur mit einem aufwendigen Appell an das patriotische Gewissen lancieren. Dies geschieht derzeit britisch unter Tony Blair („die beste aller Nationen“) oder mit deutlich republikanischem Akzent in Frankreich, wo die Solidarität geradezu ‘technokratisch’ oder ‘förmlich’ organisiert wird (Bode 1997). Deutschland hält sich zurück. Die Rede von der nationalen Solidargemeinschaft oder die Erneuerung einer ‘Grundsolidarität’, die den Glauben an den Wert der Gleichheit und des effektiven Staates – ‘governance’ nennt man das heute – nicht verloren hat, ist klassisch-sozialdemokratisch. Sie entspricht damit eher der ersten als der zweiten Moderne. Wenn man sich sozialdemokratisch positioniert, kann und will man auch nicht das Politische neu erfinden. Die Sozialdemokratie erfindet eher den Staat immer wieder neu (Voigt 1993/1998), was gesellschaftspolitisch bedeutsam ist. Man verbleibt derzeit bei ‘noch-nationalen’ Lösungen und ist bewahrend in bezug auf Institutionen des sozialen Ausgleichs, sei es aus Vorsicht, sei es aus Ratlosigkeit. Allerdings läßt sich auch feststellen, daß sich zum Beispiel die französischen Sozialisten auf dem Weg nach Brest vom ‘socialisme à la française’, wie ihn Mitterrand zu Beginn seiner Amtszeit 1981 proklamierte, verabschieden. Sie entwickeln sich zum Vorreiter eines europäischen Sozialmodells, das sich durchaus am alten sozialdemokratischen ‘Modell Deutschland’ orientiert.

Brest und Bad Godesberg – Jospin und Lafontaine – liegen nicht weit auseinander. ‘Noch-national’ und ‘europäisch’, so heißen heute die zwei Seelen in der Brust der Sozialdemokratie. Und hier – in bezug auf die Politik, ja die Prinzipien und Ziele der EU überhaupt – mehr als im jeweiligen nationalen Rahmen oder am Mangel an Modellen (Blair, Holland, Neuseeland usw.) – liegt das Problem. Labour sieht die EU als Partnerschaft von Nationen und nicht so sehr als Union, die für ‘United Kingdom’ reserviert bleibt. New Labour geht es vorerst und vorwiegend darum, den Niedergang Britanniens abzuwehren; Delors dagegen, der von 1984 bis 1995 Präsident der EU-Kommission war, geht es darum, den Niedergang Europas aufzuhalten. Hier treffen sich mithin auf europäischer Ebene die französischen und deutschen Sozialdemokraten: So gibt es für Delors keine europäische Identität mehr, wenn Deutschland sein Modell zugunsten des angelsächsischen fallen läßt. Delors’ Ziel ist die Vollendung der europäischen Träume der Nachkriegszeit, und wie Kohl sieht er in der Realisierung der Währungsunion einen qualitativen Sprung (so in einem Vortrag in Berlin am 17. November 1997).

Visionäre Strategien mit weniger Aufwand an politischer Rhetorik sind dagegen heute eher in einer regionalen oder globalen Ausrichtung der Politik zu finden; beide Ausrichtungen lassen sich zudem miteinander verknüpfen. Nimmt man realistischerweise noch die nationale Ebene hinzu, so geht es dabei um eine pragmatische Mehrebenenpolitik, innerhalb deren die relative Bedeutung der regionalen, vor allem der stadtregionalen Ebene wächst. Auf diesen Achsen und ihrer Verbindung gibt es zahlreiche *kleinere*

Projekte, vierte und fünfte Wege, die politisch produktiv sind: lokale und regionale Bündnisse, supranationale Institutionen, intermediäre Formen der Beteiligung, Stadt- und Regionalforen, neue urbane Regime, Werkstädte, Netzwerke. Parteien bleiben wichtig, aber das nicht parteibornierte, lediglich parteiverflochtene Gespräch nicht-überzeugter Verständigung, die Offensive der Bürgergesellschaft, wird wichtiger.

Anmerkungen

1 Nach dem ersten Weltkrieg wird die SPD vom Modell zum Reformproblem. Der rechte Flügel versucht im sogenannten Hofgeismarer Kreis, in Anlehnung an Hermann Hellers Werk 'Sozialismus und Nation' (1926), das Verhältnis von sozialistischer Partei und dem politischen Volk als Nation sowie seinen staatlich-demokratischen Institutionen zu verbessern. Dies ist im Kern der Beginn der Entwicklung von der Klassen- zur Volkspartei. Es wird versucht, aus dem deterministischen und damit fatalistischen Korsett der sozialdemokratischen Theorie auszubrechen, derzufolge nach einem gleichsam unumstößlichen Gesetz der Sozialismus als Folge der Widersprüche des Kapitalismus triumphieren mußte, letztlich unabhängig davon, welche Politik betrieben wird. Die Tagung von *Heppenheim 1928* war ein Markstein auf dem Weg zu *Bad Godesberg*. Zwei Reformmotive bedingten sich dabei gegenseitig: *Einmal* die Überwindung der Konzeption des Sozialismus ohne Ethik (u.a. durch L. Ragaz, M. Weber, M. Buber) und *zweitens* die Entwicklung einer aktiven Wirtschafts- und Konjunkturpolitik (u.a. von A. Lowe, E. Heimann), die nicht auf den Zusammenbruch des Kapitalismus wartet. Revolutionär am Gedanken dieser aktiven Politik war zum einen der Abstand zu den marxistischen Zusammenbruchs-Theorien, zum anderen der Abstand zu den Gleichgewichtsmodellen klassischer und neoklassischer Prägung. Weder die 'Gesetze der Geschichte' (dogmatischer Marxismus) noch die Gesetze des 'Gleichgewichts der Märkte' (dogmatische Neoklassik) sollten fortan die wirtschaftlichen und politischen Akteure lähmen.

Literatur

Adler-Karlsson, Gunnar 1967: Functional Socialism. A Swedish Theory for Democratic Socialization. Stockholm.

Bode, Ingo, 1997: Die Organisation der Solidarität. Normative Interessenorganisationen der französischen Linken als Auslaufmodell mit Zukunft. Opladen.

Kleger, Heinz, 1998: Normalfall und Sonderfall: Unheimliche politische Stabilität bei rasanten gesellschaftlichen Veränderungen 1956-1963. K. Imhof, H. Kleger, G. Romano (Hrsg.), Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Zürich.

Merkel, Wolfgang, 1993: Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich. Frankfurt/M./New York.

Scharpf, Fritz, W., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Frankfurt/M./New York.

Shaw, Eric, 1996: Von „Old Labour" zu „New Labour". Die Transformation der britischen Sozialdemokratie. In: Jens Borchert et al. (Hrsg.), Das sozialdemokratische Modell. Opladen.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.), 1993: Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat? Baden-Baden.

Ders. (Hrsg.), 1998: Der neue Nationalstaat. Baden-Baden (i.E.).

Michelsen, Kai, 1997: Die gescheiterte Transformation des Schwedischen Modells. Studien des FEG, Nr. 9, Inst. f. Politikwissenschaften, Marburg.